

**3/2007**  
Mai 2007

## **Tschechische Europapolitik: schwierige Positionierung während der deutschen Ratspräsidentschaft**

**Vladimír Handl\***

Institut für Internationale Beziehungen, Prag

### **I. Einführung: Gespaltene Erwartungen an die deutsche Präsidentschaft**

Ursprünglich interpretierten die tschechischen liberal-konservativen Politiker den deutschen Druck auf Ratifikation des Vertrags über eine Verfassung für Europa (weiter VVE) als einen Versuch, den Einfluss der großen EU-Mitgliedsländer zu sichern und gleichzeitig weitere Teile des gesellschaftlichen Lebens einem (unnötigen und schädlichen) EU-Zentralismus zu unterwerfen. Letztlich betrachtete Mirek Topolánek noch als Oppositionsführer (und Vorsitzender der Bürgerlich-demokratischen Partei - ODS) den VVE als ein "riesiges *shit*".<sup>1</sup> Das deutsche *Engagement* war entsprechend als versessen wahrgenommen. Man soll nicht aus der Geschichte her eine Zwangsjacke dem ganzen Europa aufzwingen.

Tschechische Befürworter des VVE erwarteten, dass die deutsche Regierung es versuchen werde die Verfassungskrise der EU in einen Prozess umzuleiten, der allmählich zu einer einvernehmlichen Lösung führen könnte. Ohne eine deutsch-französische Einigung findet in der EU keine nachhaltige Lösung statt. Einige Experten des tschechischen Außenamtes befürchten allerdings, dass Deutschland und Frankreich sich maximal auf einem Minimalkonsens einigen könnten, der den institutionellen Rahmen in Einzelfällen weiterentwickelt (Präsident der

Kommission, Präsident des Europäischen Rates, europäischer Außenminister) und Initiativen einführt, die keine Vertragsänderungen voraussetzen. Das Tandem werde sich am leichtesten auf die Stärkung der Rolle der Großen einigen, falls und insoweit damit keine Arroganz zur Schau kommt.

Die deutsche EU-Präsidentschaft wurde – wie es zu erwarten war – zu einem Katalysator der Kristallisierung der tschechischen EU-Position. Die Erwartungen an Deutschland schwankten von unbegrenzter Unterstützung der Agenda der Präsidentschaft von den Sozialdemokraten<sup>2</sup> bis zu einer offiziellen Warnung vor dem Bemühen der deutschen Präsidentschaft „die Diskussion über den so genannten Europäischen Verfassungsvertrag wieder zu öffnen“, mit der sich Präsident Klaus in seiner Neujahrsansprache in allen Medien an die tschechische Öffentlichkeit wandte.<sup>3</sup>

Eine Zwischenbilanz nach vier Monaten deutet aber an, dass die deutsche Präsidentschaft vielmehr positiv betrachtet wird und sich einen gewissen Grad von Unterstützung der tsche-

\* Der Autor bedankt sich bei Heinz A. Huthmacher (Friedrich-Ebert-Stiftung, Prag) für zahlreiche Anregungen und bei Kristina Larischová (FES, Prag) für Geduld und Unterstützung.

<sup>1</sup> Interview mit Mirek Topolánek „Nebudu dělat prasárny jako Paroubek“ in *Lidové noviny*, 21. Mai, 2005.

<sup>2</sup> Siehe z.B. die Stellungnahme des EP-Abgeordneten Libor Rouček, ČSSD, bezüglich der Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft. In *Euro-zprávy. Informační bulletin pro členy a sympatizanty ČSSD*, 2007/1, s.3-4. (Stand: 25.4.2007)

<sup>3</sup> Klaus, Václav: Novoroční projev prezidenta republiky. 1.1.2007.  
<http://www.klaus.cz/klaus2/asp/clanek.asp?id=siOAVU6u9HAM> (Stand: 20.1.2007)

chischen Regierung gesichert hat.<sup>4</sup> Selbst Präsident Klaus lobte indirekt die Flexibilität von Bundeskanzlerin Merkel – vor allem dort, wo er glaubte sie habe sich an seine Position hinbewegt.<sup>5</sup>

Wie ist die Dynamik der Entwicklung der tschechischen Position zu EU zu erklären? Der folgende Text stellt die europapolitische Diskussion in Tschechien kurz vor, um dann die Fragen der tschechisch-deutschen Annäherung/Distanz in einzelnen Themen der EU-Reform zu skizzieren. Es werden überwiegend die Positionen der gegenwärtigen Regierung und der Regierungsbeamten sowie der am meisten engagierten Experten dargelegt. Nur ansatzweise werden auch die Positionen der oppositionellen Parteien einbezogen.<sup>6</sup>

## II. Tschechische Akteure und Europa

Ein der wichtigsten Merkmale, die die tschechische politische Landschaft von Deutschland unterscheiden, ist weniger die oft diskutierte angebliche Euroskepsis der Tschechen sondern vielmehr das Fehlen eines nationalen europapolitischen Konsensus. Wenn in Deutschland der „permissive Konsensus“ bezüglich Europapolitik wenigstens unter den im Parlament vertretenen Parteien weiter besteht (eine gewisse Ausnahme stellt die Linkspartei dar), war dieser in der Tschechischen Republik auf den EU- (und NATO-)Beitritt begrenzt. Dieses strukturelle Defizit der tschechischen Politik stellte zwar keinen Einzelfall in der Region, seine Implikationen sind allerdings erhebliche Schwankungen der Ausrichtung der tschechischen Europapolitik.

Sichtlich war das in der Frage des Verfassungsvertrages der EU: Deutschland gehörte zu den Initiatoren und Motoren, *demandeure*, der Verhandlungen der Grundrechtencharta wie auch des Vertrages über die Verfassung für Europa (weiter VVE). Der Bundestag ratifizierte den VVE ohne eine kontroverse Debatte und die „Bremse“ hat

(vorübergehend) erst das Bundesverfassungsgericht gezogen.

In der Tschechischen Republik stellt der VVE ein politisches Profilierungsthema dar. Die von der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) geführten Regierungen haben den VVE mitverhandelt, unterschrieben, sie bereiteten seine Ratifizierung und Billigung durch ein Referendum vor.<sup>7</sup> Die liberal-konservative Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) hat die Konvent-Verhandlungen als undemokratisch kritisiert, die Regierungsposition abgelehnt und ein konsensfähiges Mandat des Parlamentes gefordert. Nach der Unterzeichnung des VVE setzte sich die ODS für Neuverhandlungen ein. Unter der Mitte-Rechts-Regierung von Miroslav Topolánek dauerte es mehr als ein halbes Jahr um zu einer thematisch begrenzten Kompromissposition zu gelangen, die allerdings weiterhin die Dichotomie der tschechischen politischen Szene widerspiegelt.<sup>8</sup>

Die tschechische europapolitische Landschaft lässt sich in vier Strömungen unterteilen<sup>9</sup>: Die „Internationalisten“ unterstützen eine Vertiefung der Integration bei gleichzeitiger Stärkung der transatlantischen Beziehungen; für die „Europäer“ hat die Vertiefung der EU Vorrang vor den euroatlantischen Beziehungen; für die „Atlantiker“, die eine Integration ablehnen, die über intergovernmentale Kooperation hinausreicht, haben die Beziehungen zu den USA und zu Großbritannien absolute Priorität; die „Autonomisten“ schließlich lehnen sowohl die EU als auch die NATO ab.<sup>10</sup>

Die Internationalisten finden sich vor allem in der Mitte des politischen Spektrums und in der gemäßigten Linke, also in der *Křesťanskodemokratická unie – Československá strana lidová* (Christdemokratische Union – Tschechoslo-

<sup>4</sup> Siehe *Consultations On The Institutional Reform Of The European Union: Czech Republic's Position*. Approved by the Czech Government On 25 April 2005.

<sup>5</sup> Rozhovor prezidenta republiky Václava Klause pro Mladou frontu Dnes. MF Dnes, 21.4.2007, <http://www.klaus.cz/klaus2/asp/clanek.asp?id=UWPHatCksibE> (Stand: 25.4.2007)

<sup>6</sup> Der Text entwickelt das frühere Diskussionspapier des Autors unter dem Titel: *Die Deutsche Europapolitik aus der Sicht der tschechischen classe politique*. Expertenworkshop „Deutsche Europapolitik 2020“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Brüssel 20. November 2006.

<sup>7</sup> Die ČSSD war Regierungspartei (Ministerpräsident Milos Zeman) in den Jahren 1998-2002 (Minderheitsregierung der ČSSD, unterstützt von der ODS auf der Grundlage eines Oppositionsvertrages/„Tollerierungspakts“). 2002-2005 führte die ČSSD (sukzessive Ministerpräsidenten Vladimír Špidla, Stanislav Gross und Jiří Paroubek) eine mitte-links Regierungskoalition (ČSSD, die christlich-agrarische KDU-CSL und die kleine liberale Splitterpartei US-DEU).

<sup>8</sup> Siehe *Consultations On The Institutional Reform*, ibid.

<sup>9</sup> Dieser Teil basiert auf dem Artikel des Autors, der unter dem Titel „Entspannte Übungen“ in der Zeitschrift „Osteuropa“ 10/2006, S.51-64 erschienen ist.

<sup>10</sup> Siehe dazu Petr Drulák: Qui décide la politique étrangère tchèque? Les internationalistes, les européens, les atlantistes ou les autonomistes? In: *La revue internationale et stratégique*. Numéro spécial: Les fondements des politiques étrangères des États européens. 61/2006), S. 70-84; – mit anderer Einteilung: Volker Weichsel: *Tschechien in Europa. Nationalpolitische Traditionen und integrationspolitische Konzepte*. Münster, 2007. Für die tschechische Europapolitik vor dem EU-Beitritt siehe u.a. Anneke Hudalla: *Außenpolitik in den Zeiten der Transformation: Die Europapolitik der Tschechischen Republik 1993-2001*, Münster 2003.

wakische Volkspartei, KDU-ČSL), bei den *Strana Zelených* (Partei der Grünen, SZ) und der *Česká strana sociálně demokratická* (Tschechische Sozialdemokratische Partei, ČSSD).

Die Europäer sind vor allem auf der Linken zu finden, also in der ČSSD und in dem kleinen euro-aktivistischen Flügel der *Komunistická strana Čech a Moravy* (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, KSČM).

Die Atlantiker verorten sich zumeist rechts der politischen Mitte, vor allem die Führung der *Občanská demokratická strana* (Demokratische Bürgerpartei, ODS) und Staatspräsident Klaus gehören hierzu. Sie werden zumeist als euroskeptisch betrachtet, bezeichnen sich selbst aber als „eurorealistisch“ und nehmen die oben genannten Parteien als „euro-idealistisch“ wahr. Der Möglichkeit, an den Entscheidungen der EU mitzuwirken, messen die Atlantiker keine große Bedeutung bei, da die Tschechische Republik dort nur das erreichen könne, was Deutschland zulasse – und die Konzessionsbereitschaft sei gering. Daher wollen sich die Atlantiker auf die bilateralen Beziehungen konzentrieren.<sup>11</sup> Präsident Klaus sprach nach dem EU-Beitritt sogar vom schädlichen Einfluss der Eurokraten, der stärker war als positive Folgen der Mitgliedschaft.<sup>12</sup> „Der Europäismus“ sei, so Klaus, „eine neue Metaideologie paternalistischer Eliten“, sei antiamerikanisch und führe zu einem Konflikt mit dem Islam.<sup>13</sup>

Die Autonomisten werden in erster Linie vom konservativen Flügel der KSČM gestellt, der die EU als Instrument der großen kapitalistischen Staaten betrachtet, insbesondere Deutschlands.

#### Regierungsbildung und „europapolitische Fluktuationen“

Offensichtlich hängt unter diesen Umständen die Einstellung zur Europapolitik sehr viel von der jeweiligen aktuellen politischen Konstellation ab und ist dazu verurteilt, die innenpolitischen Amplituden in Schwankungen der tschechischen Europapolitik zu übersetzen.<sup>14</sup> Die Struktur der

politischen Szene bewerkstelligt bei einem proportionellen Wahlrecht seit Mitte 90er Jahre keine stabilen Mehrheiten, da die nur halb-reformierte Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (eine Spezifik der tschechischen politischen Szene), bis jetzt als ein Koalitionspartner auf der nationalen Ebene unakzeptabel blieb. Die Regierungen sind also ziemlich schwach und Veränderungen auf der politischen Szene vorprogrammiert. Das gegenwärtige Gleichgewicht zwischen den Parteien von der Mitte nach Links (die ČSSD und KSČM haben 100 Sitze im 200-köpfigen Parlament bekommen) einerseits und der Parteien von der Mitte nach Rechts (ODS, KDU-ČSL und die Grünen haben die zweite 100 in dem Parlament für sich garantiert) andererseits erschwert die Formierung einer stabilen Regierung. Die momentane Regierung der rechten politischen Mitte (also ODS, KDU-ČSL und Grüne) konnte ihre Mehrheit im Parlament nur aufgrund der Tolerierung seitens zwei „Dissidenten“ aus der ČSSD sichern. Die Regierung ist in einer äußerst prekären Situation, steht unter Vorwurf zum Erpressungsversuch und muss Kompromisse auch mit den zwei abtrünnigen Sozialdemokraten machen (wie im Falle der Wirtschaftsreform oder des Haushaltsplans).

Die ODS steht unter dem Einfluss des Ehrevorsitzenden der Partei, Staatspräsidenten Klaus und ihm nahen Repräsentanten der ODS. Die letzteren möchten die Prioritäten des euroskeptischen/eurorealistischen Flügels in Regierungspolitik umwandeln. Dem wirken allerdings zwei Faktoren entgegen. Erstens, sind die Führung von Mirek Topolánek und die Mehrheit der ODS atlantisch orientiert, zugleich aber an einer funktionsfähigen EU interessiert. Sie nimmt deswegen am meisten eine „pragmatischere Haltung gegenüber der EU“.<sup>15</sup> Jedenfalls möchte sie eine Isolation der tschechischen Politik in dem „europäischen“ Streit um den VVE vermeiden. Eine Kompromissuche ist also angesagt, der Kampf wird um die Konturen einer akzeptablen (Zwischen)Lösung geführt.

Zweitens ist die Europapolitik - wie auch die Frage der amerikanischen Raketenabwehr - ein wichtiges Profilierungsthema der kleineren Koalitionspartner, der Grünen. Die Motivation der Führung der Partei ist sehr hoch da eben diese

<sup>11</sup> Interview mit J. Zahradil, MdEP, ODS, 19.9.2006.

<sup>12</sup> Václav Klaus: Evropa: od integrace k unifikaci. Přednáška na Vysokém shromáždění Učené společnosti v Karolinu, 15.5.2006.

<[www.klaus.cz/klaus2/asp/clanek.asp?id=12gchjBV1xLd](http://www.klaus.cz/klaus2/asp/clanek.asp?id=12gchjBV1xLd)>.

<sup>13</sup> Václav Klaus: Co je to evropeismus? In: *Mladá fronta Dnes*, 8.4.2006.

<sup>14</sup> Siehe regelmäßige Analysen Larischová, Kristina: Tschechische Republik. In: Weidenfeld, Werner – Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2006*, Baden-Baden: Nomos Vrlg., 2006, S.223-227, sowie die Jahrgänge 2003-2005. Weiter siehe Lang, Kai-Olaf: *Tschechische Positionen zur künftigen Gestalt der Europäischen Union*. Berlin 2002 [= Studien der SWP 1/2002];

– Kai-Olaf Lang: *Ostmitteleuropa nach dem Beitritt. Entwicklungen, Herausforderungen, Potentiale*. Berlin 2006, S. 51–52 [= SWP-Studie, 2/2006]. – Für detaillierte regelmäßigen Berichte über tschechische EU-Politik sowie Einstellung der Parteien siehe Beiträge von Petr Pavlík, Pert Kratochvíl und letztlich Mats Braun in *EU-25Watch*, Institut für Europäische Politik (Hrsg), <http://www.iep-berlin.de/publik/EU25-Watch/index.htm>

<sup>15</sup> Larischová, Kristina: Tschechische Republik, 2006, s. 224.

beiden Themen ihr die Möglichkeit geben sollen, sich politisch als eine selbstständige politische Kraft in der Regierung zu etablieren. Eine konsequente Haltung der grünen Parteiführung in Europafragen sollte die nicht unkontroverse Regierungsbeteiligung der zum ersten Male im Parlament vertretenen Partei legitimieren.

### **III. Allgemeine Fragen der Einstellung zur europäischen Verfassungsentwicklung**

Während die Internationalisten und Europäisten die EU auch als eine Wertegemeinschaft sehen, nehmen die Atlantiker die EU als eine „Wirtschaftsgemeinschaft“. <sup>16</sup> Da die letzteren die EU auf eine intergovernmentale Kooperation der Nationalstaaten festschreiben wollen, sahen sie das – zumindest vorläufige – Scheitern des Verfassungsvertrags nicht als Krise der EU, sondern als Chance, die Ausrichtung der europäischen Integration neu zu bestimmen. <sup>17</sup> Präsident Klaus lehnte daher nicht nur den Verfassungsvertrag, sondern die gesamte Entwicklung der EU seit – d.h. inklusive – dem Maastrichter-Vertrag ab. <sup>18</sup> Eine andere Variante mit gleicher Stoßrichtung war, einen alternativen Verfassungsvertrag für Europa zu fordern, der die EU in eine lose „Organisation europäischer Staaten“ verwandeln sollte. <sup>19</sup> Die Notwendigkeit einer EU Verfassung wurde anerkannt - aber eine solche sollte vor allem klarer die Kompetenzen der Mitgliedstaaten und der EU trennen sowie der Eigendynamik der EU-Evolution einen Riegel schieben.

Die ODS ist - neben der KSČM - die einzige Partei, in denen einige Vertreter die Vertrags- und Verfassungsentwicklung der EU nach 1990 höchst problematisch (wenn nicht gefährlich) finden. Dabei werden sie unterstützt durch die Expertise der ODS-nahen Stiftungen und Forschungszentren, wie das *Centrum pro ekonomiku a politiku*, *CEP (Center for Economics and Politics)*, die konsequent gegen den „Europäismus“ und die Europäisierung auftreten. <sup>20</sup>

<sup>16</sup> Petr Drulák: Vortrag beim Institut für europäische Politik, Berlin, 21.9.2006.

<sup>17</sup> *Společně pro lepší život. Volební program ODS*, 2006, S.55–56.

<sup>18</sup> [www.ods.cz/volby2006/download/docs/volebni\\_program\\_ODS.pdf](http://www.ods.cz/volby2006/download/docs/volebni_program_ODS.pdf), (Stand: 20.3.2007)

<sup>19</sup> Václav Klaus: Ich habe Angst um Europa, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.3.2006.

<sup>20</sup> Václav Klaus: Es ist Zeit, der Europäischen Union eine solidere Grundlage zu geben, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 30.8.2005.

<sup>21</sup> Siehe Klaus, Václav – Weigl, Jiří – Mach, Petr – Loužek, Marek – Brodský, Jiří (2006): *What is Europeism of What Should not be the Future for Europe*. Prague - CEP, 2006, <http://cepin.cz/europeism.pdf> (Stand : 30.4.2007)

Im breiteren Sinne findet diese kritische Positionierung ihre Verankerung in den akademischen Kreisen, vor allem an der Universität Brunn, statt, die in ihren politologischen Analysen der EU die supranationalen Elemente des Integrationsprozesses im Grunde ablehnen und sich für die Beibehaltung der Legitimitäts- und Kontrollfunktion der demokratischen Institutionen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten rufen. <sup>21</sup>

Auch die jetzige tschechische Regierung der politischen Mitte sieht den VVE in der ursprünglichen Form als unakzeptabel. <sup>22</sup> Noch kritischer stellt sich die KSČM, die den VVE als eine Garantie der Kapitalistischen Ordnung und Instrument der Militarisierung der EU wahrnimmt. <sup>23</sup> Die ČSSD dagegen sieht den VVE eindeutig als einen progressiven Schritt in der Entwicklung der EU. <sup>24</sup>

Obwohl die Spaltung der tschechischen Szene offensichtlich ist, zeigen sich die Trennungslinien als weder absolut noch unbeweglich. Die tschechische Politik kann sich in einigen Fragen der Beziehung zum VVE (und der EU) überparteilich einigen <sup>25</sup>:

- alle politischen Parteien streben nach einer gleichberechtigten Behandlung des Landes in der EU;
- sie halten an den vier Freiheiten der EU fest (und betonen das Interesse an Aufhebung der Übergangsperiode für die Freizügigkeit der tschechischen Arbeitskräfte, vor allem am deutschen und österreichischen Arbeitsmarkt);
- sie wollen mit der Erweiterung der EU fortsetzen, vor allem, wenn es zum Westlichen Balkan kommt.

#### Methoden des EU-Vertragsprozesses

Die Parteien des europapolitischen *Mainstreams* (also die ČSSD, KDU-ČSL, die Grünen, die US) fanden zwar die Konventmethode nicht problemlos, da dort die Stimme der kleineren Staaten wenig Gewicht hatte. Auch unter den Experten des Außenamtes ist ein Eindruck entstanden, dass die kleineren Staaten die Entwicklung erst während der IGC 2004

<sup>21</sup> Fiala, Petr: *Evropský mezičas: nové otázky evropské integrace*. Brno – Barrister&Principal, 2007, s.133-135.

<sup>22</sup> Siehe *Consultations On The Institutional Reform*, ibid.

<sup>23</sup> *Stanovisko 14. VV ÚV KSČM 10.6.2005 k ratifikaci Smlouvy o Ústavě pro Evropu*,

<http://www.kscm.cz/article.asp?thema=3029&item=26647>

(Stand: 22.10.2005)

<sup>24</sup> *7 důvodů PRO Smlouvu o Ústavě pro Evropu*. <http://www.ČSSD.cz/dokumenty/s10336> (Stand:20.4.2007)

<sup>25</sup> Drulák, Petr – Karlas, Jan: *Co dělat s evropskou ústavní smlouvou?* ÚMV, Policy paper, Leden 2007.



beeinflussen und einiges in dem VVE nachbessern konnten. Diese Parteien haben allerdings Konvent und den VVE mit Veränderungen grundsätzlich akzeptiert. Wie auch die anderen EU-Mitgliedsländer bevorzugte die tschechische Regierung für die weitere Arbeit an dem VVE die Methode der Regierungskonferenz, die bis Ende 2007 stattfinden sollte.

Zu merken ist ein erhöhter Bedarf der Beamten und Experten an Inklusivität des ganzen Reflexionsprozesses. Die Tschechische Republik als EU-Vorsitzender in Jahre 2009 ist interessiert an dem Reflexionsprozess teilzunehmen, da sie während ihres Vorsitzes die Ergebnisse vertreten müssen wird.

Das *Modus operandi* der deutschen Präsidentschaft – also strikt geheime Vorbereitungen der Berliner Deklaration in Verhandlungsrunden der *focal points* (der Repräsentanten der Ministerpräsidenten) – fand zunächst vor allem bei den tschechischen Atlantikern kritische Reaktionen. Sie bemängelten die fehlende Transparenz des Prozesses sowie die geheime Diplomatie in einem engen Kreis. Auch die späte Übergabe des vorgeschlagenen Textes der Berliner Deklaration wurde heftig kritisiert. Diese Haltung wich allerdings einer positiveren Betrachtung der diplomatischen Taktik Berlins. Es war vor allem die Einbindung der eurokritischen tschechischen Akteure, inklusive des Präsidenten Klaus, was sich als eine effektive Strategie erwies. Nachdem Bundeskanzlerin Merkel den Ministerpräsidenten Topolánek und den Präsidenten Klaus mehrmals direkt angesprochen und ihnen eine direkte Einbeziehung zugesichert hatte, verschwanden die ursprünglichen Einwände gegen die Geheimdiplomatie.

#### Vorstellungen von dem zukünftigen EU-Vertrag

Die Präferenz wäre einen EU-Vertrag zu verhandeln, der keine vertikale Gliederung einer Verfassung hätte. Die Regierungskoalition hat sich zweimal zum VVE geäußert, bis sie am 25. April 2007 ihr Positionspapier zusammenfasste.<sup>26</sup> In der Kompromissposition definierten die Koalitionsparteien nach schwierigen Verhandlungen Eckpunkte der Regierungsposition – also des Kompromisses zwischen der atlantischen und inter-nationalistischen Strömung.

Die Wunschvorstellung von der EU beinhaltet gewisse Prinzipien:

- Die EU soll *Gleichheit* der Mitgliedstaaten garantieren.
- Das *demokratische* Ideal ist, dass in der Union die Legitimität der Entscheidungen auf dem Prinzip der Gleichheit der Repräsentation der Bürger wie auch der Mitgliedstaaten beruht.
- Eine *transparente* EU soll verständlich sein und durch die Bürger wie auch die Regierungen der Unionsmitglieder kontrolliert werden.
- Die EU soll nach dem Prinzip der *Subsidiarität* entwickeln und darf nur dort tätig werden, wo andere Lösungsebenen ineffektiv sind.
- Zugleich muss die EU *liberal* sein – nach innen heißt es die vier Freizügigkeiten zu garantieren, nach außen der EU den Import aus den Entwicklungsländern zu öffnen.
- Die EU muss *offen* und zu kommenden Erweiterungen fähig sein.
- Die EU muss eine *stabilisierende* Funktion – vor allem in ihrer Umgebung – haben.

Die Prinzipien der Solidarität oder sozialen Kohärenz sind offensichtlich nicht Teil des Regierungskonsenses, was vor allem für den christlich-sozialen Flügel in der KDU-CSL ein Rückschlag ist.

#### Schritte zur Vertragsreform der EU

Ursprünglich schienen die Ausgangspositionen der deutschen Regierungsparteien und der tschechischen Atlantiker in Sachen der Europapolitik in vieler Hinsicht völlig unvereinbar. Dies betraf auch die Varianten der möglichen Anpassung des VVE.

Die Präferenz der deutschen Politik galt eindeutig einer *VVE+* Variante: Europäischer Verfassungsvertrag sollte – zusätzlich zu eher formalen Anpassungen, wie Umbenennung des Textes – mit zusätzlichen Erklärungen ergänzt werden, welche die kritischen Punkte der Vertragsreform ansprechen würden. Vertragsveränderungen sollten vermieden werden, die eine erneute Ratifikation in den bis zu 18 EU-Mitgliedsländern veranlassen würden, die ihre „Hausaufgaben“ schon erfüllt haben.

Die tschechische Regierung von Mirek Topolánek sieht die Zukunft der Verfassungsentwicklung zwischen den zwei Polen: *Nizza+* (also einem angepassten VEU von Nizza) und *VVE-* (einem reduzierten Europäischen Verfassungsvertrag), wobei man in diesem Fall von einem „neuen Vertrag“ spricht. Diese breit gefasste Position reflektiert die innere Differenzierung der Koalition. Es geht also weniger um eine Skala der Lösungsmöglichkeiten sondern vielmehr um Einbeziehung

<sup>26</sup> Die so genannte „K9“ (stellvertretend für Koalitionsrunde von 9 Politikern, je drei von jeder Partei) Erklärungen vom 22. 2. 2007 und 3. 4. 2007.

zweier alternativer Pfeiler der tschechischen Europapolitik unter ein gemeinsames Koalitions-gewölbe. Das Positionspapier der Regierung umreißt damit weniger die Manövrierungsmöglichkeiten der tschechischen Politik auf der europäischen Ebene sondern vielmehr die Breite des europapolitischen Spielfeldes in der tschechischen Regierungskoalition selbst.

Während der EU-Präsidentschaft zeigte die deutsche Europolitik große Flexibilität und stellte eigene Präferenzen zurück. Die maximalistische Position des VVE+ zeigte sich bald als nicht gangbar und die Präsidentschaft hat ihr ganzes Potential darin investiert, die „politische Substanz“ des VVE zu erhalten ohne dabei über die Details entscheiden zu wollen.

Die wohl wichtigste Abweichung von der ursprünglichen Anti-Verfassungsposition des Präsidenten Klaus wie auch des *focal point* Jan Zahradil besteht darin, dass die Regierungskoalition den VVE für die Grundlage der weiteren Verhandlungen hält. Auch die Berliner Deklaration wurde nämlich von dem Präsidenten noch so interpretiert, dass die „neue gemeinsame Grundlage“ keinen Bezug auf den VVE bedeutet. Nach den direkten Gesprächen zwischen Klaus und Merkel in Meseberg am 17. April 2007 schienen allerdings auch Neuverhandlungen vom „Punkt Null“ für den Präsidenten Klaus kein Thema mehr zu sein.<sup>27</sup> Das Positionspapier der Regierung beruft sich auf den VVE als eine Ausgangsbasis für Verhandlungen über einen neuen Vertrag oder eine Novellierung des gültigen Vertrages.<sup>28</sup> Außerdem wird die Tatsache, dass der heutige VVE aufgeschnürt wird als eine Verstärkung der Verhandlungsposition eben der Staaten wahrgenommen, die Vertragsänderungen fordern (also neben der Tschechischen Republik auch Großbritannien, Niederlanden und Polen).

Auch in der Zeitfrage findet ein Annäherungsprozess statt: einerseits haben die Vertreter der ODS in der Regierungsposition die These durchgesetzt, die jeden Zeitdruck ablehnt. Andererseits ist die tschechische Politik – wie auch die deutsche Präsidentschaft - selbst daran sichtlich interessiert, dass bei der Zeit, wenn die Tschechische Republik die Präsidentschaft übernimmt (Anfang 2009) die Frage des VVE schon vom Tisch ist und nur als Ratifizierungsprozess verläuft.

Der resultierende Vertrag sollte gemäß dem tschechischen Positionspapier folgenden Kriterien entsprechen:

- die Mitgliedstaaten müssten „Herren der Verträge“ bleiben.
- er muss übersichtlicher, transparenter, einfacher und lesbarer sein als der gegenwärtig gültige VEU.
- der Vertrag darf keine verfassungsmäßige Symbolik beinhalten.
- er soll die Mitgliedstaaten und die europäischen Nationen vereinen, nicht spalten.
- die Position der Tschechischen Republik und der Staaten der gleichen Ranggröße darf nicht geschwächt werden im Vergleich mit der gegenwärtigen Regelung.
- die Kompetenzen der EU und der Mitgliedstaaten sollen aufgrund der Subsidiaritäts- und Proportionalitätsprinzips noch klarer definiert werden. Die Übertragung der Kompetenzen müsse transparent erfolgen und gemäß der Konzeption der „beiderseitigen Flexibilität“ die Übertragung in beiden Richtungen ermöglichen – nach oben wie auch nach unten.
- Die Kontrollfunktion der nationalen Parlamente bei Einhaltung des Subsidiaritäts- und Proportionalitätsprinzips solle gestärkt werden.
- der Teil II. des VVE solle durch den Bezug auf die Europäische Menschenrechtskonvention ersetzt und dadurch der gleiche Standard der Menschenrechte in der EU sichert werden.
- Der neue Vertrag solle die weitere Aufnahmen neuer Mitglieder ermöglichen und die Eintrittskriterien dafür präziser formulieren.

Auch die tschechische Regierung ist sich dessen bewusst, dass der Vertragstext ratifizierbar sein muss und dass kein weiteres nationales Veto akzeptabel sei. Auch deswegen befürwortet die Regierung, dass die Verhandlungen im Rahmen einer Regierungskonferenz stattfinden und dass der Vertrag durch die nationalen Parlamente ratifiziert wird.

#### Mögliche Vertragsvarianten

Auch das Positionspapier ergibt keine einheitliche Konzeption der Weiterentwicklung des EU-Vertragswerkes. Das Außenamt befürwortet die Minivertrag-Konzeption von N. Sarkozy grundsätzlich nicht. Der Teil III beinhaltet eine spezifische Weiterentwicklung des Teils I und eine Entbindung der beiden könnte u.a. eine unkontrollierte Anpassung des Teils III leichter machen. Ein der denkbarer Kompromissmodelle, das die Unterstützung der tschechischen Regierungskoalition bekommen könnte, wäre

<sup>27</sup> Merkelová stejně jako Klaus považuje za důležitý obsah změn v EU. ČTK, 18.4.2007.

<sup>28</sup> Siehe *Consultations On The Institutional Reform*, ibid., S.3.

Vereinbarung eines Grund(lage)vertrages oder Basisvertrages. Dieser soll eine kurze und verständliche Fassung des Teils I des VVE darstellen und Teil III mit eventuellen Anpassungen in den Nizza EUV integriert werden.

Der II. Teil des VVE, der in dem Kontext der deutschen Europapolitik als ein Instrument der weiteren Demokratisierung und zusätzlicher Legitimität wichtig ist, wird als weitgehend überflüssig gesehen: die Bestimmungen bezüglich der Menschenrechte seien in nationalen Verfassungen und in anderen internationalen Verträgen beinhaltet und garantiert. Man befürchtet, dass durch den Teil II zusätzliche Forderungen seitens der Sinti-Roma Bevölkerung und der vertriebenen Sudetendeutschen entstehen könnten.

In Grundausrichtung sind die Positionen der Internationalisten und auch der Europäisten weitgehend mit dem deutschen europapolitischen *Mainstream* kompatibel. In der konkreten *institutionellen Gestaltung* (z.B. der EU-Präsident, der EU-Außenminister, die doppelte Mehrheit) sind allerdings auch viele Internationalisten nicht der deutschen Meinung: auch die von der ČSSD geführte Regierung hat ja während des Konventes 2002-2003 und der Regierungskonferenz im Jahre 2004 Positionen genommen, die im Kontrapunkt zu der deutschen Haltung standen.<sup>29</sup>

#### **IV. Einige einzelne Themen der EU-Reform<sup>30</sup>**

##### Demokratisierung

Die Demokratisierung der EU sei aus der Sicht der tschechischen Atlantiker grundsätzlich durch mehr *intergovernmentalismus* zu erreichen: nicht die EU sondern die Nationalstaaten und ihre Parlamente seien die Garanten der demokratischen Entwicklung. Man begrüßt deswegen die Einschaltung der nationalen Parlamente in den legislativen Prozess der EU vor allem durch das s.g. *early warning system*. Dieser kann allerdings auch ohne den VVE durch eine interinstitutionelle Vereinbarung zwischen der Kommission, dem Rat und dem EP vereinbart werden.

<sup>29</sup> Siehe Mandát pro českou delegaci na mezivládní konferenci EU v Římě. ČTK 1.10.2003.

<sup>30</sup> Der folgende Teil des Textes beruht vor allem auf Gesprächen des Autors mit Beamten des Auswärtigen Amtes der Tschechischen Republik, inoffiziellen Diskussionspapieren sowie dem publizierten Positionspapier der Regierung *Consultations On The Institutional Reform*. Der Autor bedankt sich für die Zusammenarbeit und das Entgegenkommen bei zahlreichen Beamten und Experten, die er aus üblichen Gründen nicht zitiert.

##### Subsidiarität

Das Prinzip der Subsidiarität ist allgemein in der tschechischen Politik als ein wichtiges Instrument der Beibehaltung der Relevanz der nationalstaatlichen Politik in dem Europäischen politischen Mehrebenensystem angesehen und wird deswegen auch begrüßt. Andererseits verweisen einige Experten des tschechischen Außenamtes darauf, dass Subsidiarität als ein Vorwand für Verstärkung des nationalen Protektionismus benutzt wird, z.B. im Bereich der gemeinnützigen Dienstleistungen, wo individuelle Staaten ihren Dienstleistungssektor zu schützen suchen. Im Bereich Justiz und Inneres werden die Subsidiaritätsvorbehalte eine Bremse der Vergemeinschaftung der Politik gesehen sowie als eine Erklärung für die anhaltende begrenzte institutionelle Kompatibilität der Nationalstaaten, die dann wiederum als ein Grund für Avantgarde- und Kernbildung ausgenutzt werden kann. Die ablehnende Haltung der Bundesländer und dadurch auch der Bundesregierung bezüglich der Asyl, Einwanderungs- und Visapolitik stößt auf Unverständnis auch bei den pro-europäischen Kräften.

Die Frage hängt auch mit dem Thema des europäischen Regionalismus zusammen und hierbei wird Deutschland als ein wichtiger Akteur in dieser Hinsicht angesehen. Ursprünglich hatte man den deutschen Föderalismus wenig wahrgenommen. In der zweiten Hälfte der 90-er Jahre wurde die Rolle der Bundesländer als ein Teil einer Gesamtstrategie einer *German multilevel-hegemony* in der post-Maastricht Ära gesehen: man befürchtete in der Tschechischen Republik (und hoffte in manchen deutschen Bundesländern), dass die sub-nationale Ebene der Politik den Nationalstaat unterlaufen wird und dass auch hier die deutschen Akteure (hier also die Bundesländer) eine dominante Position für sich sichern würden. Erst allmählich weicht diese defensive Haltung einem Verstand für den deutschen Föderalismus und den deutschen institutionellen Pluralismus. Die Denkweise vieler Repräsentanten der Tschechischen Republik, eines weitgehend zentralistischen, national homogenen Staates, bleibt allerdings weitgehend unkompatibel mit der vertikal wie auch horizontal differenzierten dezentralen Struktur Deutschlands.

##### Das Europäische Parlament

Auch deswegen ist die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments (EP) als keine Priorität der tschechischen Regierung betrachtet: weder die Koalitionsvereinbarungen noch das Positionspapier der tschechischen Regierung besprechen die Haltungen gegenüber dem EP.

Die Atlantiker sehen das deutsche Interesse für den Ausbau des EP in eine legitimierende parlamentarische Institution als eine Vorsetzung der supranationalen Konzeption Europas und als Abschwächung der nationalen Staatlichkeit – auch da dem EP ein abschließendes Vetorecht bei den Finanzfragen durch den VVE zugebilligt wird. Eben bei den Finanzfragen wird auf dem nationalen Veto festgehalten. Außerdem betonen einige Experten des Außenamtes, dass eine angemessene Reform des EP auch ohne den VVE aufgrund des Art.190 verlaufen kann. Eine neue Sitzverteilung sollte aufgrund eines abgestuften Systems vereinbart werden.

#### Der EU-Präsident

Wie auch viele andere mittlere und kleinere EU-Mitgliedsländer, stellte sich die Tschechische Republik (also noch unter der Regierung der ČSSD-geführten Koalition) ursprünglich gegen die Errichtung des Postens eines EU-Präsidenten. Nur das deutsch-französische Tandem konnte die allgemeine Unterstützung für das Konzept sichern. Der Grund für die Zurückhaltung der tschechischen Politik war die Annahme, dass ein Präsident zu sehr von den großen EU-Staaten abhängig wäre und leicht unter Druck kommen würde. Außerdem seien die Positionen des EU-Präsidenten und eines EU-Außenministers gegenseitig unzureichend abgetrennt. Im Grunde positiv ist die Position eines EU-Präsidenten gegenüber der *team-presidency* bewertet (eigentlich eine Innovation vom tschechischen Außenamt ausgearbeitet und im Konvent vorgeschlagen), vor allem im Bereich der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken und im Bereich des JHA gesehen. In der tschechischen Debatte vertreten einige Experten die Auffassung, dass die Einführung der Position des Präsidenten als ein *bargaining chip* für eine Anpassung der doppelten Mehrheit ausgetauscht werden sollte. Auch der EU-Präsident wird offensichtlich von den Kritikern des VVE als ein Symbol der staatsähnlichen Ausrichtung der EU Entwicklung wahrgenommen.

Die doppelte Mehrheit, die zu einem „Fetisch“ der deutschen Europapolitik geworden sei (so Andreas Maurer im Gespräch mit dem Autor), ist nämlich in der heutigen Form in der Tschechischen Republik oft als problematisch betrachtet. Wenn überhaupt sollte eine solche auf einem gleichen Prozentsatz beruhen. Eine Parität würde als ein Ausdruck des Gleichgewichts zwischen den zwei Legitimitätsquellen der Europäischen Politik gesehen: zwischen den Mitgliedsstaaten einerseits und derer Bevölkerung andererseits.

Die Tschechische Republik hat deswegen ursprünglich eine Parität auf der Ebene von 55%: 55%, oder dann eine Abweichung von 5% zugunsten der Bevölkerungsmehrheit (55% : 60%, 60% : 65%) vorgeschlagen. Die Disparität der heutigen Regelung (55% : 65%) wurde irgendwann durch die Blockademehrheit von 4 Staaten ausbalanciert (die Tschechische Republik verlangte ursprünglich eine 6-Staaten Mehrheit). Soll es eine Möglichkeit geben, die Frage neu zu verhandeln, sollte die Tschechische Republik nochmals die paritätische Lösung (55% : 55%) durchzusetzen versuchen.

Für den Fall, das man eher ein Nizza Modell weiterentwickelt und dem QMV System der gewichteten Stimmen anpasst, wird in dem tschechischen Außenamt (wie schon während des Konventes) ein Modell debattiert, das auf den zweiten Wurzelwert der Bevölkerungsanzahl beruht und die kleinere Staaten begünstigt. Parallel wird eine ähnliche Idee – aus unterschiedlichen Quellen – von dem polnischen Verhandlungsteam vertreten.<sup>31</sup>

Die Reform der Europäischen Kommission bleibt ein äußerst sensibles Thema. Wie einige Experten des Außenamtes betonen, könnte auch diese Reform ohne den VVE durchgeführt werden (aufgrund des Art. 213 und 4.2.1. des Protokolls über Erweiterung im Nizza EUV) und ist nur als Teil einer Paketlösung vorstellbar. Vor allem solle verhindert werden, dass es wieder zu einem Versuch komme zwei Klassen von Kommissionsmitgliedern einzuführen – die eine mit und die andere ohne Stimmrechte. Man solle die Reform lieber für die Zeit nach 2009 einplanen.

Auch der Posten eines EU-Außenministers ist in der tschechischen Politik umstritten. Die Regierung sieht es – wie im Falle des EU-Präsidenten – als wenig vorteilhaft einen Posten zu schaffen, der leichter unter Druck der großen Staaten fallen würde als die rotierende Position der EU-Präsidentschaft. Vor allem befürchtet man, dass der Regierungscharakter der GASP abgeschwächt werden könnte. Auch deswegen möchte die tschechische Politik den Posten nicht *Minister* nennen und die ihm unterstellte Struktur mit der wechselnden Präsidentschaft entsprechend anpassen. Ein solches Verfahren würde der *Nizza+* Regelung am besten entsprechen (obwohl auch unter Nizza Verfahren schon einige Posten für eine längere Zeit besetzt werden – so die Leiter der EUMC und EUMS).

<sup>31</sup> Vetter, Reinhold: Polen will mit „Quadratwurzel-Formel“ beglücken. In: *Handelsblatt*, 30. März 2007, sowie Cichocki Marek (Polnischer focal-point) in *Trierer Foreign Policy in Dialogue*, Vol.8, Issue 21, S.56-57, <http://www.deutschaussenpolitik.de/newsletter/issue21.pdf>.



Ungeklärt bleiben die Zuständigkeiten des neuen Postens und die Arbeitsteilung mit den anderen Institutionen.

### Flexible Zusammenarbeit

Tschechische und deutsche Politik sind sich nahe, wenn es um die Möglichkeit einer flexiblen Zusammenarbeit der aktivistischen EU-Länder angeht. Die Gründe für diese Haltung sind zwar unterschiedlich: die tschechischen Atlantiker suchen nach einem Modell, das keine zwangsläufige Vertiefung der Integration *allen* EU-Mitgliedern vorschreibt, die deutsche Politik will garantieren, dass die EU von 27 (und mehr) Staaten „vertiefungsfähig“ bleibt, ohne dabei das „langsamste Schiff“ das Tempo des ganzen „Konvois“ bestimmt. Im Kontext der Verhandlungen über den VVE befürwortete Präsident Klaus und die ODS (wie angeblich auch der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog) das Modell der EU von mehreren Geschwindigkeiten.<sup>32</sup>

Es ist nicht auszuschließen, dass es die tschechische Politik hinnehmen könnte, wenn sich die Zusammenarbeit im Bereich der Justiz und Inneres und des ESVP vorerst weiterhin außerhalb des EU-Vertrages entfalten würde. Einige Experten erwägen eben diese Variante um für die Tschechische Republik größere Entscheidungsfreiheit beizubehalten, sich an der Zusammenarbeit zu beteiligen, ohne dabei zu viele Hürden überwinden zu müssen. Auch für viele andere institutionelle Entwicklungen in politischen Sektoren, (wie z.B. die Energiepolitik, Forschungspolitik, Finanzpolitik, GAP) sei flexible Ausrichtung der Reformen (so wie vorgeschlagen im Hampton Court, Oktober 2005) bevorzugt. Eine klare Position der Regierung ist allerdings erst im Werden. Die deutsche Politik befürwortet als Regel mehr institutionalisierte Regelungen, als die tschechische. Gleichzeitig ist sie seit Mitte 90er Jahren weniger auf "Kommunitarisierung" immer weiterer Bereiche Europäischer Politik ausgerichtet, als noch vor zehn Jahren. Der wachsende *misfit* zwischen dem deutschen und europäischen Modell in einigen Bereichen hat zu einer gewissen "Normalisierung" der deutschen Politik geführt.

### Haushaltsreform

Wie die deutsche Politik, lernte auch die tschechische Politik „Paketlösungen“ zu schätzen, wo Zugeständnisse in einem Bereich durch

Entgegenkommen in einem anderen kompensiert werden können. Eine solche soll auch die Haushaltsreform einbinden. Bei der Entscheidung über die Eigeneinnahmen der EU wie auch über Steuern muss Einstimmigkeit beibehalten werden (nicht unähnlich dem deutschen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. 10. 1993).

Die tschechische Politik ist in diesem Bereich - wie üblich - gespalten: die radikal liberale Position der Atlantiker ist, dass finanzielle Transfers aus den Nationalstaaten ins EU-Haushalt und ihre Redistribution aufgegeben werden sollten. Allerdings vertritt die Regierung von Mirek Topolánek wie auch die von der ODS geführten Regionen<sup>33</sup> eine flexible Position und hat sich auf Transferleistungen aus der EU eingestellt. In Prag ist auch klar geworden, dass sich die Tschechische Republik manche Positionen Deutschlands in mittelfristiger Zukunft zu eigen machen wird da sie zu einem Netto-Zahler wird.

Allgemein unterstützt die tschechische Regierung auch die Lissabon-Strategie und die Finanzierung von Forschung, Bildung und Innovationen. Grundsätzlich wird aber die Strategie mit großer Skepsis betrachtet und als ein Beispiel einer deklaratorischen *soft-policy* wahrgenommen. Die Belebung der Lissabon-Strategie durch die deutsche Präsidentschaft wird akzeptiert, ruft aber vor allem bei den Atlantikern wenige positive Erwartungen hervor.

### Agrarreform

Die Reform der Agrarpolitik soll aus Tschechischer Sicht die Direktzahlungen abschaffen. Ein nationaler Konsens ist allerdings noch nicht erreicht worden. Die Tschechische Republik hat sich noch nicht festgelegt, welcher der zwei Reformphilosophien – also dem wirtschaftsorientierten oder dem gesellschaftspolitischen Konzept – sie Vorzug erteilt. Man nimmt aber an, dass das deutsche Herangehen mit dem tschechischen nicht unvereinbar sei und dass beide Länder eher kompatible Strategien unterstützen werden. Von Deutschland erwartet man, dass es Frankreich für eine kompromissfähige Lösung gewinnt.

### Auswärtige Beziehungen der EU und Erweiterung

In den Erweiterungspolitik und Außenbeziehungen der EU stehen die tschechische und deutsche Politik in ihrer Grundausrichtung viel näher, als wenn es um das institutionelle Gefüge der EU geht. Wie die deutsche, ist auch die tschechische

<sup>32</sup> Soweit die Berichterstattung aus dem Treffen Merkel-Klaus-Herzog am 17. April in Messeburg. Siehe Klaus po schůzce s Merkelovou ocenil posun k obsahové debatě o EU. *CTK*, 17.4.2007.

<sup>33</sup> Die Tschechische Republik gliedert sich seit 2000 in 14 selbstverwaltete Einheiten – Kraje/Bezirke incl. Prag. Die meisten von ihnen werden durch die Vetreter der ODS geführt.

politische Szene in dieser Hinsicht nahezu konsensfähig. Im breiteren Sinne sieht Prag eine neue Ostpolitik als ein wichtiges Thema, da sie vor allem Belarus und Moldawien, beziehungsweise Ukraine, als ihre außenpolitischen Prioritäten in der EU wahrnimmt. Außerdem orientiert man sich vor allem auf den westlichen Balkan, wo man eine effektive Zusammenarbeit mit Deutschland erwartet, insbesondere im Rahmen der EU.

Wie auch Deutschland, unterstützt die tschechische Politik weitere Erweiterung der EU aus praktischen und moralischen/emotionalen Gründen – die aktuelle Priorität der tschechischen Politik liegt auch hier im Westlichen Balkan. Prag sieht aber auch den Beitritt von Türkei weniger problematisch als Berlin. Die Konditionalität bleibt allerdings ein wichtiges Thema und das Positionspapier der Regierung fordert die Beitrittskriterien in dem neuen EU-Vertragswerk zu integrieren. Eine geographische Definition der Grenzen Europas ist in der tschechischen Politik nicht zu finden – außer älterer Vorschläge des Präsidenten Klaus Kasachstan zu einem EU-Mitglied zu machen (mit dem offensichtlichen Ziel jede Vertiefung der EU zu blockieren).

Andererseits nimmt Prag wahr, dass die EU immer Nachbarn haben wird, die voraussichtlich oder auch permanent keine EU-Mitgliedschaft erreichen oder anstreben werden. Aus eigener Erfahrung weiß die tschechische Politik, dass die traditionellen Instrumente der EU-Außenbeziehungen nicht immer effektiv sind. Die tschechische Politik unterstützt auch deswegen die Deutsche ENP+ Strategie.<sup>34</sup> Die EU soll ein dichtes Netzwerk von Beziehungen mit ihnen entwickeln. Man denkt darüber nach eine Zollunion, in der Perspektive eine Freihandelszone mit Ukraine (in einer längeren Zukunft auch mit Belarus) zu entwickeln. Unsicherheit herrscht darüber, inwieweit die ENP normative Kompatibilität fördern kann ohne dabei den EU-Beitritt in Aussicht zu stellen. Die ENP sollte also eigene Anreize bieten, die auch ohne der Beitrittsperspektive genug attraktiv sind um die Kontrahenten zu aktiven Teilnahme zu veranlassen.

Wie auch Berlin, unterstützt Prag aktive und zukunftsorientierte Beziehungen mit Russland. Andererseits wächst aber die Befürchtung, dass Moskau seine Einflussnahme in der EU und in den einzelnen Ländern gezielt aufbaut und dazu „strategische Partnerschaft“ mit Berlin ausnützen möchte. Die Abhängigkeit der Tschechischen Republik vom russischen Gas und Öl sei im

Vergleich zu den 1990s gesunken. Das energiepolitische Engagement der deutschen Politik und Firmen wird in Prag genau beobachtet. Die Angst vor einer ungunstigen Verflechtung politischer und privatwirtschaftlicher Interessen wächst.<sup>35</sup> Es wird die Frage diskutiert, ob die deutsche Politik (die Wirtschaft sowieso) sich für eine neue strategische Rolle in Europa (zwischen Moskau und Brüssel positioniert) begeistern und individuell dafür einen energiepolitischen Bonus kassieren könnte. Und könnte das Resultat in eine Entbindung Deutschlands von den Nachbarn wie auch von Brüssel münden und damit eine neue Brückenposition Deutschlands herstellen? Dennoch liegt die tschechische Position nicht so weit von der deutschen entfernt, wie dies bei der polnischen der Fall ist, da die Befürchtung vor einem exklusiven deutsch-russischen Bilateralismus weniger ausgeprägt ist.

### GASP/ESVP

Die Europäisierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik heißt gleichzeitig ihre Emanzipation – und diese wird in Prag begrüßt und sogar erfordert, solange sie den EU- und NATO-Rahmen stärkt. Wie viel GASP braucht Europa, bleibt in der tschechischen Politik allerdings umstritten. Der Konsens begrenzt sich auf die Auffassung der GASP/ESVP als einen Pfeiler des euro-atlantischen Bündnisses. Es geht – wie bisher – mehr um Koordinierung der nationalen Außenpolitiken als um eine echte Politik der EU. Die Fokussierung der EU (und der deutschen Europapolitik) auf *nation-building* und stabilisierende Missionen sowie auf *civil-military-coordination* macht die ganze Konzeption der ESVP weniger problematisch und entspricht der jetzigen Rollenverteilung mit der NATO. In diesem Rahmen wird sich auch die innerlich differenzierte tschechische Politik bewegen können und Deutschland als eine führende Kraft anerkennen. Außerdem wird das EU-Battlegroup Konzept die tschechische und deutsche Sicherheitspolitik zusammenführen.<sup>36</sup> Der Nebeneffekt der vor allem auf *nation-building* und Polizeiaktionen orientierten Politik ist allerdings, dass weder die EU noch Deutschland als wirkliche Militärmächte angesehen werden. Militärische Führungsrolle der USA (und Großbritanniens) wird dadurch eher bestätigt.

Die Frage der amerikanischen Raketenabwehr ist zu einem neuen Differenzierungsthema geworden.

<sup>35</sup> Daniel Kaiser: Nejspiš je čas bit na poplach, in: *Lidové noviny*, 14.10.2006.

<sup>36</sup> Die tschechisch-slowakische EU-Battlegoup wird im Jahre 2009 das Einsatzführungskommando bei Geltow als operative Hauptquartier ausnützen dürfen. Im Jahr 2011 soll ein deutsch-tschechisch-österreichische EU-Battlegroup entstehen.

<sup>34</sup> Kratochvíl, Petr – Tulmets, Elsa (2007): *Checking the Czech Role in the European Neighbourhood*. FES-Analyse Nr. 2/2007, Prague, S.8.

Die europäische Dimension der Frage hat in der tschechischen Regierung vor allem die Partei der Grünen betont und gefordert, dass erst die EU und NATO zu der Frage Stellung nehmen sollte. Eine ähnliche Position hat auch die ČSSD bezogen. Das Hauptanliegen ist offensichtlich, dass eine bilaterale Vereinbarung mit den USA die NATO oder gar die EU nicht spaltet, und dass die nationale wie auch internationale Sicherheitslage dadurch verbessert, nicht zusätzlich belastet wird. Insofern sind die tschechischen Internationalisten wie auch Europäisten nahe der Position der deutschen SPD. Andererseits nehmen die tschechischen Atlantiker deutsche Vorbehalte gegenüber dem amerikanischen Projekt als Grund einer sicherheitspolitischen Entfremdung zwischen Deutschland und den USA war.

### Soziale Union

Die soziale Dimension der EU bleibt – neben den supranationalen Elementen und den EU-US Beziehungen – ein wichtiges Differenzierungselement der tschechischen Europapolitik. Die liberal-konservativen Atlantiker lehnen die sozialen Elemente der EU-Politik am heftigsten ab, da sie als eine Art sozialen Protektionismus wahrgenommen werden, die die einigen wenigen kompetitiven Vorteile der neuen EU-Mitgliedstaaten zunichte macht. Andererseits sucht die Linke Stärkung eben in der sozialen Dimension der EU. Die KSCM lehnt den VVE ab, weniger aus den institutionellen als aus den sozial-ökonomischen Gründen: Der Vertrag in heutiger Form implementiere die neo-liberale, anti-soziale Wirtschaftsdoktrin.

Langfristig gesehen bleibt die tschechische Politik weitgehend solidarisch orientiert und basiert auf einem relativ dichten Netzwerk der sozialen Absicherung der Bevölkerung. Obwohl die jetzige Reform der Regierung von Mirek Topolánek auf Liberalisierung der tschechischen Wirtschaft zielt, wird es kaum auf eine Umschaltung auf ein anglosächsisches Modell auslaufen können. Diese strukturelle Nähe sollte in der Zukunft Verständigung zwischen den beiden Ländern auf kompatiblen Politikansätzen ermöglichen.

### Die Rolle Deutschlands in der EU

Man ist sich dessen bewusst, dass Deutschland in der EU eine außerordentliche Rolle spielt. Die Zeit nach dem EU-Beitritt hat diese Erkenntnis noch verstärkt: die eigentliche Asymmetrie in der Europapolitik ist greifbar geworden: nicht nur das Machtpotential, sondern auch die traditionelle Rolle Deutschlands als eines EU-Motors, sowie seine institutionelle Kapazität, die ihm erlaubt sich auf allen Bereichen der Europapolitik maßgeblich

zu beteiligen – das alles unterstreicht das Gewicht Deutschlands in der EU. Der relative Verlust von deutscher *soft-power* wird nicht so direkt wahrgenommen, da die tschechisch-deutsche Asymmetrie in der EU Politik riesig bleibt und da die Tschechische Republik nur allmählich zu einem aktiven und effektiven Mitspieler auf dem europäischen Feld wird.

Die allmähliche Belebung der deutschen Wirtschaft ist anerkannt und höchst willkommen – auch da die Abhängigkeit von der deutschen Konjunktur als neue Art vom Risikofaktor betrachtet wird. Trotzdem ist an die Stelle des „Modell Deutschlands“ entweder der liberale angelsächsische Ansatz oder der Sozialstaat nach skandinavischem Vorbild getreten.<sup>37</sup> In den Jahren 1998-2006 wurde Deutschland eigentlich oft als ein „Problem“ angesprochen, seine (vorübergehende) Schwäche bestimmte den Diskurs, nicht – wie noch vor 10 Jahren - seine Stärke. Gleichwohl sprechen vor allem Atlantiker und Autonomisten weiterhin von einer deutschen Großmachtspolitik in Ostmitteleuropa.<sup>38</sup> Mit der deutschen Präsidentschaft fokussiert sich der tschechische Diskurs wieder auf die große Rolle, Durchsetzungsfähigkeit, politisches und institutionelles Potential wie auch Kompromissfähigkeit der deutschen Politik.

## **V. Schlussfolgerungen**

Von der Tendenz her stellt die tschechische Politik in dem deutsch-tschechischen Verhältnis in der EU eher eine Variable und die deutsche Politik eine Konstante dar. In Prag wird es allerdings immer eine Koalitionsregierung oder eine von außen tolerierte Minderheitsregierung geben, was eine radikale Positionierung erschwert. Die Elemente einer grundsätzlichen Kontinuität sichern auch die schrittweise Europäisierung der tschechischen politischen Landschaft

Deutschland ist derjenige Partner der tschechischen Europapolitik, mit dem Prag am intensivsten im ständigen Kontakt steht. Diese Beziehungen sind allerdings nicht exklusiv und der Austausch über die institutionelle Reform der EU stellte bis vor kurzem kein zentrales Thema dar. Die Erklärung dafür ist vor allem, dass die Tschechischen Republik keine mittelfristige europapolitische Strategie hatte. Sie beschränkte die Abstimmung mit Deutschland im Wesentlichen auf einzelne Politikfelder, während Grundsatzfragen der europäischen Integration

<sup>37</sup> Lenka Zlámlová: Sociální stát může přežít. V Dánsku, in: *Hospodářské noviny*, 11.7.2005.

<sup>38</sup> Interview des Autors mit Jan Zahradil, Europaabgeordneten der ODS, Prag, 19.9.2006.

kaum diskutiert wurden.<sup>39</sup> Der Konsens der Parteien des europapolitischen Mainstreams wurde mit dem EU-Beitritt ausgeschöpft. Die Regierungskoalition suchte nach einem mittleren Weg zwischen den Atlantikern der ODS und den Internationalisten sowie Europäisten der Partei der Grünen und der KDU-CSL.

Mit gewisser Zuspitzung kann behauptet werden, dass die deutsch-tschechischen Beziehungen (nicht nur) in der EU dadurch beeinflusst sind, dass – zum einen – Deutschland in vieler Hinsicht immer noch ein post-moderner and post-nationaler Staat ist, wobei die Tschechische Republik einen typischen modernen Nationalstaat darstellt, der darüber hinaus noch erst vor Kurzem seine Unabhängigkeit wiedererlangt hat. Zum zweiten nimmt die tschechische Politik, abgesehen von den europapolitischen Präferenzen, fast reflexartig die Position eines kleineren EU-Mitgliedstaates ein und widerspricht jedem Versuch der großen Staaten (nicht nur Deutschlands) ihre eigene Position zu stärken oder gar zu einem *Direktorium* der Grossen zu gelangen.

In der deutschen Europapolitik verlaufen z.Z. zwei Prozesse parallel: Einerseits setzt sich eine Pragmatisierung der Politik (so Uwe Schmalz) fort. Dies betrifft vor allem sektorale Politikbereiche, also *regulative policies*. Die *soft power* Deutschlands wurde während letzter Dekade abgeschwächt. Die „de-Komunitarisierung“ (Sebastian Harnisch) einiger Sektoren deutscher Europapolitik kann gewisse „Normalisierung“ der deutschen Europapolitik bewirken und die Entfernung zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik vermindern; ob die damit verbundene Betonung nationaler Interessen auch zu mehr Verständigung führen wird soll dahingestellt werden.

Zweitens wächst in dem Bereich der *constitutive politics* der Willen der deutschen Politik strategische Prioritäten zu definieren und auch, die geschwächte EU ins Bewegung zu setzen und eine Führende Rolle einzunehmen. Das *leadership-avoidance complex* (so William Paterson) wird zur Vergangenheit. Die Strömungen der tschechischen Internationalisten und Europäisten werden in vieler Hinsicht eine führende Rolle Deutschlands gutheißen – solange die Balance zwischen den großen und kleinen EU-Mitgliedsländern nicht gestört wird. Die Atlantiker werden Rolle Deutschlands bei der Weiterentwicklung der Regierungszusammen-

arbeit unterstützen, eine Vertiefung der EU wird allerdings im Grunde abgelehnt.

Nach dem deutschen Regierungswechsel in Berlin im Herbst 2005 wurde vor allem die Kompromissbereitschaft von Bundeskanzlerin Merkel bei den Verhandlungen über die Finanzvorschau der EU 2007–2013 gelobt.<sup>40</sup> Eine geschickte Verhandlungsstrategie der deutschen EU-Präsidentschaft hat die tschechische Regierung zu einer Positionierung bezüglich des VVE veranlasst. Ihr Positionspapier zeigt wesentliche Annäherung an den europäischen Diskurs über die institutionelle Reform der EU. Die flexible Position von Bundeskanzlerin Merkel und ihr Entgegenkommen ermöglichte den Opponenten unter den tschechischen Atlantiker Konservativen – vor allem dem Präsidenten Klaus – in die Verfassungsdebatte einen spezifischen Beitrag zu machen. Unerbittliche Opponenten des VVE hoffen auf eine Blockadeposition der polnischen Politik. Auch sie möchten schon vermeiden, dass die Tschechische Republik in völlige Isolation gerät und dass die jetzige spürbare Belastung ihrer Position in der EU weiter wächst. Eine „Kamikaze-Europapolitik“, bei der sich Prag im Alleingang in eine Attacke gegen den „EU-Tanker“ stürzen würde, ist fast ausgeschlossen.

Noch wichtiger ist, dass die deutsche Präsidentschaft für die mehr pragmatisch orientierte Kritiker des Verfassungsprozesses eine Kompromisschance ohne Gesichtverlust anbietet. Ausserdem intensiviert die deutsche EU-Präsidentschaft die deutsch-tschechischen europa-politischen Kontakte sowie die Suche nach dem tschechischen europapolitischen Konzept und trägt damit indirekt zu den Vorbereitungen der tschechischen EU-Präsidentschaft 2009 bei.

**\* Die Auffassungen des Autors geben nicht unbedingt die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder.**

<sup>39</sup> Gespräch mit Libor Sečka, Leiter der Europaabteilung im tschechischen Außenministerium, Prag, 27.9.2006.  
<http://www.mzv.cz/www/mzv/ospreview.asp?amb=1&idj=1&e xst=fixw&ido=13656>

<sup>40</sup> Mats Braun, Petr Kratochvíl: Czech Republic, in: Institut für Europäische Politik (Hg.): *EU-25 Watch*, 3/2006, S.96.